

**Der Senator für Bildung und Wissenschaft**

**Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit,  
Jugend und Soziales**

Beschlussfassung

Bremen, 14. August 2006

Bearbeitet von

Frau Kampe, Tel.: 361 3644

Herr Holakovsky, Tel.: 361 8577

**Vorlage Nr. G 174  
für die Sitzung der Deputation für Bildung am 07.09.2006**

**Vorlage  
für die 27. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 05.09.2006**

**Vorlage  
für die 28. Sitzung der städtischen Deputation für  
Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration am 07.09.2006**

**Gesamtkonzept „Schulvermeidung spürbar senken“**

**hier:** gemeinsamer Bericht des Referates Prävention und Intervention beim Senator für Bildung und Wissenschaft und des Amtes für Soziale Dienste zur Schulvermeidung für das Jahr 2005

**A. Problem/Ausgangslage**

Die Deputation für Bildung hat in ihrer Sitzung am 23. August 2001 den Auftrag an den Senator für Bildung und Wissenschaft erteilt, verlässliche Strukturen und pädagogische Angebote zu entwickeln, um Schulvermeidung wirksam zu begegnen.

Eine ressortübergreifende Projektgruppe hat zu dem Auftrag „Schulvermeidung spürbar reduzieren“ ein Konzept erarbeitet.

Der Jugendhilfeausschuss hat in seiner Sitzung am 1. März 2002, die städtische Deputation für Soziales, Jugend und Senioren hat in ihrer Sitzung am 7. März 2002 die nachfolgenden Beschlüsse gefasst:

„Der Jugendhilfeausschuss/ die Deputation nimmt den Stand der ressortübergreifenden Beratungen und Beschlussfassungen sowie der im Bildungsressort eingeleiteten Maßnahmen zum Auftrag ‚Schulvermeidung spürbar reduzieren‘ zur Kenntnis.

Er/sie begrüßt und unterstützt den personal- und finanzneutralen Aufbau von Schnittstellengremien (SCHUPS) und stimmt dem Beitritt des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales zum Abschluss einer verbindlichen ressortübergreifenden Vereinbarung zur Zusammenarbeit zu.

Er/sie bittet um fortlaufende Berichterstattung zum flächendeckenden Ausbau und zum Ergebnis der ressortübergreifenden Zusammenarbeit der SCHUPS sowie zu sich daraus ggf. weiter ergebenden Handlungsbedarfen für die Kinder- und Jugendhilfe.“

Auf dieser Beschlussgrundlage ist die „Vereinbarung zwischen dem Senator für Bildung und Wissenschaft, dem Senator für Inneres, Kultur und Sport, dem Senator für Justiz und Verfassung und dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales über die Zusammenarbeit in Schulvermeidungs-/Präventionsausschüssen (SCHUPS) in der Stadtgemeinde“ durch die zuständige Senatorin und die zuständigen Senatoren am 10. Juni 2002 unterzeichnet worden.

Die Vereinbarung ist am 11. Juni 2002 in Kraft getreten und wurde zunächst für eine Laufzeit von drei Jahren geschlossen. Eine Verlängerung der Vereinbarung zwischen den genannten Ressorts für weitere drei Jahre wurde am 15. Oktober 2005 unterzeichnet.

In der 10. Sitzung der städtischen Deputation für Bildung am 24. Juni 2004 (Vorlage Nr. G 54) wurde ein erster gemeinsamer Zwischenbericht des Referats Prävention und Intervention beim Senator für Bildung und Wissenschaft und des Amtes für Soziale Dienste zur Schulvermeidung vorgelegt und eine jährliche Berichterstattung zugesagt.

## **B. Lösung**

Das Gesamtkonzept „Schulvermeidung spürbar senken“ hat sich in seiner wesentlichen Zielsetzung bewährt und leistet im Rahmen der vereinbarten Gremienarbeit (Schulvermeidungs-/Präventionsausschüsse) und mit seinen zielgruppen-, schul- und sozialraumbezogenen Maßnahmen (Schulvermeiderprojekte als Lernorte außerhalb des Regelschulsystems) in den Stadtteilen einen wichtigen Beitrag zur Reintegration der Schülerinnen und Schüler in die Regelschule.

Auf dieser Grundlage kann sichergestellt werden, dass die Schulvermeider-/Präventionsausschüsse und die zurzeit laufenden Schulvermeiderprojekte ihre Arbeit fortführen können.

Der Bericht über das Jahr 2005 ist als Anlage 1 und 2 beigefügt.

Mit der Erarbeitung eines umfassenden Dokumentations- und Berichtswesens werden die Abläufe in der Gremienarbeit sowie die Zugangssteuerung zu den Schulvermeiderprojekten - auch unter dem Aspekt der Vermeidung zusätzlicher Leistungen der Erziehungshilfe - sowie zur Sicherstellung einer qualifizierten Hilfe- und Förderplanung optimiert.

Diese Arbeit im Rahmen des Gesamtkonzeptes wirkt unmittelbar ein auf die Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses „Jugendhilfe und Schule zusammenführen“, über deren Arbeitsstand mit der Vorlage G 125 vom 06.10.2005 berichtet wurde.

## **C. Alternativen**

Keine.

## **D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen**

Im Rahmen der Berichterstattung keine.

Im Zusammenhang mit den Schulvermeiderprojekten zwischen den Ressorts Bildung und Wissenschaft und Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie dem Amt für Soziale Dienste wurde die anteilig abgestimmte Kostenteilung beider Ressorts im Verhältnis Bildung (~65%) zu Jugend und Soziales (~35%) beibehalten.

### **E. Beteiligung/Abstimmung**

Die Vorlage und der Bericht sind mit dem Amt für Soziale Dienste abgestimmt. Sie wurden gemeinsam mit dem Amt für Soziale Dienste entwickelt und werden den Ressorts Inneres und Justiz zur Kenntnis gegeben.

#### **F 1: Beschlussvorschlag**

Die Deputation für Bildung nimmt den Bericht zur Schulvermeidung zur Kenntnis. Gleichzeitig begrüßt sie die flächendeckende Absicherung der Schulvermeiderprojekte und die Optimierung der Zugangssteuerung in die Projekte. Sie bittet die Verwaltung um weiterhin jährliche gemeinsame Berichterstattung mit dem Amt für Soziale Dienste.

#### **F 2: Beschlussvorschlag**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Stand der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zur Kenntnis. Gleichzeitig begrüßt er die flächendeckende Absicherung der Schulvermeiderprojekte und die Optimierung der Zugangssteuerung in die Projekte. Der Jugendhilfeausschuss bittet die Verwaltung um weiterhin jährliche gemeinsame Berichterstattung mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft.

#### **F 3: Beschlussvorschlag**

Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration nimmt den Bericht zum Stand der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Ressorts zur Kenntnis. Gleichzeitig begrüßt sie die flächendeckende Absicherung der Schulvermeiderprojekte und die Optimierung der Zugangssteuerung in die Projekte. Die städtische Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration bittet die Verwaltung um weiterhin jährliche gemeinsame Berichterstattung mit dem Senator für Bildung und Wissenschaft.

**Anlage 1:** Gemeinsamer Bericht des Amtes für Soziale Dienste und des Referates Prävention und Intervention beim Senator für Bildung und Wissenschaft zur Schulvermeidung

**Anlage 2:** Anlagen 2 A – 2 C zum Bericht